

Niederschrift

über die 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.06.2019
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bürgeranregung des Vereins Tagesmütter e.V. gemäß § 24 GO NRW zu den Themen Vergütung der Eingewöhnungszeit in der Kindertagespflege und Kindertagespflegenavigator Vorlage: FB2/0916/2019	4
3 Entwicklung des Spielplatzes Eichendorffstraße / Bürgerbeteiligung - in der Sitzung wird berichtet	6
4 Aktueller Stand Kita-Bedarfsplanung Vorlage: FB2/0338/2019	6
5 Jugendtaxi Vorlage: FB2/0961/2019	7
6 Mobile Offene Kinder- und Jugendarbeit „Karibu“ Vorlage: FB2/0339/2019	9
7 JuCa Verwendungsnachweis 2018 und 2019 und Informationen zur Schließung des JuCa's Vorlage: FB2/0962/2019	9
8 Anträge	11
9 Anfragen	11
9.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.05.2019: Gründung eines Jugendforums Vorlage: FB2/0136/2019	11
9.2 Anfrage der UWG-Fraktion vom 25.06.2019 zu TOP 7	11
10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	11
10.1 Vertretungsregelung Kindertagespflege	11
10.2 Sachstand zum Skaterpark Meerbusch-Strümp	12
11 Termin der nächsten Sitzung: 11. September 2019	12
12 Verschiedenes	12
12.1 Vorstellung des Mitarbeiters für mobile Jugendarbeit Herr Arne Klar	12

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:10 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied Vertretung für Herrn Guido Fliege

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen

Frau Monika Driesel Sachkundige Bürgerin

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied Vertretung für Frau Brigitte Scheer

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Bastian Förster Jugendfeuerwehr Meerbusch Vertretung für Herrn Dr. Andreas Drexler

Frau Elisabeth Funke OBV Meerbusch e.V.

Herr Klaus Mock NABU Vertretung für Frau Sigrid Brennecke

Beratende Mitglieder

Frau Martina Ketzler Evangelische Kirchengemeinde

Frau Julia Lung Katholische Kirchengemeinden

Frau Ingrid Maas Integrationsrat

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Vertreter der Stadt

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Frau Susanne Rieth Fachbereich 2

Frau Birgit Smitmans Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Angela Römmler-Graf Fachbereich 2

es fehlen:

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

vertreten durch Frau Dr. Karen Schomberg

Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind

Frau Brigitte Scheer

Freie Vereinigungen

vertreten durch Herrn Hans Günter Focken

Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind

Herr Christian BöBen

Förderkreis Lanker Pfadfinder e.V.

Frau Sigrid Brennecke

NABU

vertreten durch Herrn Klaus Mock

Herr Dr. Andreas Drexler

Jugendverbände

vertreten durch Herrn Bastian Förster

Herr Markus Lange

BDKJ

Beratende Mitglieder

Herr Frank Bachmann

Untere Schulaufsichtsbehörde

Herr Hans-Jürgen Barbarino

Stadtjugendring

Herr Dr. Andreas Doll

Jugendamtselternbeirat

Herr Peter Schmitz

Agentur für Arbeit

Herr Ulrich Steeger

Familiengericht

Herr Bernd Zimmerling

Polizeibehörde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Vorsitzende Schoppe die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Unabhängig von der Tagesordnung stellt sich der neue städtische Mitarbeiter für die mobile Jugendarbeit, Herr Arne Klar, vor. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 12 / Verschiedenes.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Bürgeranregung des Vereins Tagesmütter e.V. gemäß § 24 GO NRW zu den Themen Vergütung der Eingewöhnungszeit in der Kindertagespflege und Kindertagespflegenavigator Vorlage: FB2/0916/2019

Beschluss 1:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Antrag des Vereins Tagesmütter e. V. zuzustimmen und dem Rat der Stadt Meerbusch zur nächsten Sitzung nach der Sommerpause am 26.09.2019 vorzuschlagen, die Eingewöhnungszeit bei Kindertagespflege rückwirkend ab 01.08.2019 mit der vollen Geldleistung zu vergüten und die entsprechende Satzungsänderung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis zu Beschluss 1:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
SPD	2		
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3		
Gesamt:	10	3	

Beschluss 2:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den Antrag des Vereins Tagesmütter e. V. auf Einrichtung eines „Kindertagespflegenavigator“ abzulehnen.

Abstimmungsergebnis zu Beschluss 2: einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt in die Beratung des aus 2 Teilen bestehenden Bürgerantrages des Vereins Tagesmütter e.V. (TMV) Meerbusch ein. Bezüglich des Antrages zur Vergütung der Eingewöhnungszeiten erfolgt zunächst eine Aktualisierung der Sachverhaltsdarstellung, wonach die Stadt Kaarst ab 01.08.2019 die volle Geldleistung für die Eingewöhnung übernehmen werde.

Im Weiteren führt Erster Beigeordneter Maatz den Vorschlag der Verwaltung aus, beide Anträge des TMV abzulehnen. Hinsichtlich der Vergütung der Eingewöhnungszeiten solle die bisherige Regelung durch Zahlung einer Pauschale und Spitzabrechnung von Mehrstunden beibehalten werden. Auch wenn die Stadt im direkten Vergleich der Vergütung von Eingewöhnungszeiten keine vordere Position einnehme, sei das bisherige Verfahren unter Berücksichtigung der Gesamtleistung für die erfolgte Betreuung angemessen und ausreichend. So biete Meerbusch weitgehend bessere Regelungen bei Urlaub und Krankheit, eine Zusatzvergütung für die Betreuung von Kindern mit Behinderungen und von Mehrlingen sowie Mietkostenzuschüsse. Zudem seien die laufenden Geldleistungen in der Qualifizierungsstufe 1 seit dem Jahr 2010 um 52%, in der Qualifizierungsstufe 2 um 25% gestiegen. Insgesamt sei damit eine sehr gute Honorierung der wichtigen Arbeit der Tagespflegepersonen gegeben.

Zu Beginn der inhaltlichen Beratung schlägt Ratsherr Jörgens die separate Abstimmung über die beiden Anträge des TMV vor, was allseits unterstützt wird.

Ratsherr Wartchow stellt fest, dass er die wiederholten Diskussionen über die Vergütung für Kindertagespflege aufgrund mangelnder Orientierung sehr kompliziert empfinde. Jede Kommune entwickle unterschiedliche Vergütungssysteme, was einen unmittelbaren Vergleich der Gesamtleistungen zumindest für thematische Laien schwierig mache. Gestützt auf den Vortrag der Verwaltung plädiere er daher zunächst dafür, den Antrag des TMV abzulehnen. Möglichst zur kommenden Haushaltsberatung schlage er aber die Erstellung einer Matrix vor, in der alle unterschiedlichen Leistungen auch anderer Kommunen zusammengestellt seien, um zu erkennen, wo Meerbusch mit seinem Vergütungssystem tatsächlich im interkommunalen Vergleich stehe. In den vergangenen Jahren sei bereits viel Geld investiert worden, aber eine Evaluierung der gefassten Beschlüsse sei notwendig.

Erster Beigeordneter Maatz greift diesen Vorschlag auf und weist darauf hin, dass die Beschlüsse in den vergangenen Jahren auf Basis eines Vergleichs mit Kommunen des Umlandes erfolgt seien, womit der regionale Raum abgedeckt gewesen sei. Ein Vergleich der Gesamtleistungen mit den entsprechenden Kommunen sei leistbar und werde bei mehrheitlichem Auftrag erstellt. Ein darüber hinausgehender landesweiter Vergleich könne die Verwaltung nicht realisieren.

Ratsherr Eimer stellt zunächst kritisch fest, dass der Ausschuss häufig mit Beratungen über finanzielle Leistungen für Kindertagespflege beschäftigt sei, aber Gerechtigkeit in der Vergütung sei wichtig. Die SPD-Fraktion werde dem Antrag des TMV daher zur Gleichstellung mit den Kindertageseinrichtungen zustimmen, welche die Kindpauschalen auch während der Schließungszeiten zur Deckung der Fixkosten erhielten. Auch er halte es für unglücklich, dass jede Kommune eigene Vergütungssysteme entwickeln müsse.

Ratsherr Eimer führt hinsichtlich eines Navigators für Kindertagespflege aus, dass die analoge Anwendung zum Kita-Navigator nicht machbar sei. Eine permanente Pflege sei den Tagespflegepersonen nicht zumutbar, da zu aufwändig und nicht zielführend. Eine Möglichkeit der Unterstützung sehe er aber in der Verlinkung von Informationen zur Beratung.

Ratsfrau Glasmacher betont, dass sie den Austausch mit dem TMV bislang als informativ erlebt habe und wiederholte Beratungen für sie kein Problem darstellten. Hinsichtlich des erbetenen interkommunalen Vergleichs gibt sie zu bedenken, dass ein Benchmarking alle einfließenden Faktoren berücksichtigen müsse, so z.B. auch Grundstücks- bzw. Mietpreise. Die UWG-Fraktion

werde dem Antrag des TMV bezüglich der Eingewöhnung zustimmen; Meerbusch solle diesbezüglich attraktiv bleiben.

Sachkundige Bürgerin Driesel unterstützt ebenfalls den Antrag des TMV zur Vergütung für die Eingewöhnungszeiten. Bezüglich des Navigators für Kindertagespflege halte sie es – sofern machbar - für hilfreich, wenn zumindest die Zahl der verfügbaren Betreuungsplätze abrufbar sei. Auch wenn in den letzten Jahren bereits viel gemacht worden sei, müsse die Kindertagespflege weiterhin attraktiv bleiben, da sie für das Betreuungsangebot in Meerbusch dringend gebraucht werde.

Erster Beigeordneter Maatz weist darauf hin, dass es sich beim Kita-Navigator um ein städtisches Verfahren handele, dass ausschließlich durch entsprechend geschulte städtische Mitarbeiter/Innen bedient werde. Eine Bedienung durch Außenstehende wie den Tagespflegepersonen sei daher ausgeschlossen.

Nach kurzer Diskussion besteht Einvernehmen, dass die Verwaltung für Eltern und Tagespflegepersonen hilfreiche Verlinkungen - insbesondere zur Homepage des TMV - einrichten werde. Eine ausdrückliche Beschlussfassung wird als entbehrlich angesehen.

Ratsherr Jörgens erklärt zudem, dass er dem Antrag des TMV angesichts der vertretbaren Mehraufwendungen von ca. 200 €/Jahr je Eingewöhnungszeit zustimmen werde.

Sodann erfolgt die getrennte Beschlussfassung zu den Anträgen des TMV.

3 Entwicklung des Spielplatzes Eichendorffstraße / Bürgerbeteiligung - in der Sitzung wird berichtet

Der Bereichsleiter für den Servicebereich Baubetriebshof, Friedhöfe, Grünflächen, Herr Betsch, stellt den aktuellen Stand der Planung des sog. Leuchtturmspielplatzes an der Eichendorffstraße in Lank vor. Vorab berichtet Fachbereichsleiter Annacker über die zu Beginn durchgeführte Bürgerbeteiligung in Form eines „Mitmachtages“, der vielseitig beworben worden sei. Unterstützt durch externen Sachverstand seitens der Fa. KuKuK freiflug sei Ziel gewesen, die Wünsche und Bedürfnisse der künftigen Nutzer ohne gedankliche Einschränkungen spielerisch herauszuarbeiten. Die Aktion – unterstützt durch die GWG, die ganztägig das Catering sichergestellt habe - sei erfolgreich verlaufen. Herr Betsch berichtet weiter, dass die Ergebnisse in die nun vorgestellte erste Entwurfsplanung eingeflossen seien. Nun erfolge die Ausführungsplanung und die Einholung der Angebote für die teils individuell zu fertigenden Spielgeräte. Die Fertigstellung sei dann auch abhängig von den jeweiligen Lieferzeiten.

Die gezeigten Folien sind dem Protokoll beigelegt.

4 Aktueller Stand Kita-Bedarfsplanung Vorlage: FB2/0338/2019

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die bisherige konzeptionelle Anbindung der Dependance im Kita-Gebäude Am Sonnengarten 2 (Neu-Lummerland) an die Kita „Lummerland“ zum Beginn des Kindergartenjahres 2019/2020 aufzugeben und stattdessen die Einrichtung im Kita-Gebäude Am Sonnengarten 2 mit Betriebserlaubnis der Heimaufsicht vom Landschaftsverband Rheinland als

eigenständige Einrichtung zu betreiben, bis die Kinder in die geplanten Neubauten überführt werden können. Die mit der Kita-Bedarfsplanung 2019/2020 eingeplanten zwei zusätzlichen Gruppen im Ortsteil Büderich werden ebenfalls im Rahmen dieser Einrichtung geführt. Die für die Einrichtung KG „Lummerland“ inkl. der Gruppen in der Dependence Am Sonnengarten 2 und die zwei zusätzlichen Gruppen in Büderich eingeplanten Kindpauschalen werden entsprechend auf die beiden Einrichtungen verteilt.

Für den Fall, dass eine der Übergangslösungen für den Ortsteil Osterath, wider Erwarten, nicht realisiert werden kann, beschließt der Jugendhilfeausschuss die Einrichtung dieser Plätze in der Kita Schatzinsel zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ratsherr Jörgens unterstützt den Beschlussvorschlag, äußert jedoch Bedenken hinsichtlich der Entwicklung der Verkehrssituation im Bereich der neuen Kita am Laacher Weg.

Vorsitzende Schoppe verweist diesbezüglich auf die Zuständigkeit des Planungsausschusses. Fachbereichsleiter Annacker versichert ergänzend, dass die Verkehrssituation bei jeder Grundstücksfrage Berücksichtigung finde.

Sodann erfolgt die einvernehmliche Zustimmung.

5 Jugendtaxi **Vorlage: FB2/0961/2019**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, das Konzept Jugendtaxi gemäß der angefügten „Richtlinie der Stadt Meerbusch zur Nutzung eines Jugendtaxi“ umzusetzen und die Zielgruppe der Jugendtaxiberechtigten für Meerbusch von 15 bis 17 Jahren (3 Jahrgänge) festzulegen.

Ergänzung der Schriftführerin: Mit der einvernehmlichen Zustimmung des Ausschusses geht die Aufhebung des im Rahmen der Haushaltssatzung 2019 gesetzten Sperrvermerkes bei Sachkonto 060 362 010 / 5318000 zur Freigabe des Ansatzes in Höhe von 10.000 € einher.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	1		1
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	3		
Gesamt:	12		1

Auf Wunsch des Ausschusses fasst Fachbereichsleiter Annacker den Sachverhalt nochmals kurz zusammen. Im Rahmen der Haushaltsberatung damit beauftragt, ein Konzept für ein Jugendtaxi zu entwickeln, habe sich die Verwaltung mehrere bereits vorhandene Modelle auf ihre Übertragbarkeit auf Meerbuscher Verhältnisse angeschaut. Neben den zu erwartenden Kosten sei auch der entstehende Verwaltungsaufwand z.B. für die Ausgabe von Fahrscheinen oder Fahrausweisen betrachtet worden. Letztlich werde das einfache Modell der Verbandsgemeinde Hachenburg favorisiert; zwei örtliche Taxiunternehmen hätten bereits ihre Bereitschaft geäußert, an dem Versuch teilzunehmen. Anders als im ländlichen Hachenburg, wo das Angebot für die 14- bis 21-Jährigen offen stehe, sei Meerbusch deutlich besser an die umliegenden Städte angebunden, so dass der Rückweg innerhalb von Meerbusch insgesamt mit weniger Risiken behaftet sei. Ein Angebot für die 14- bis 17-Jährigen werde daher für ausreichend gehalten. Die Älteren seien in der Regel in der Lage, sich selbst zu organisieren und z.B. Fahrgemeinschaften zu bilden.

Ratsfrau Glasmacher unterstützt den Verwaltungsvorschlag und die Auswertung nach der Probephase.

Ratsherr Neuhausen hält die abrechnungsfähigen Fahrzeiten bis morgens 3 Uhr für kritisch. Keinesfalls dürfe Verstößen gegen die Vorgaben des Jugendschutzgesetzes Vorschub geleistet werden; vielmehr müsse gedrängt werden, dass Jugendliche pünktlich zu Hause ankämen.

Fachbereichsleiter Annacker macht sehr deutlich, dass das Jugendamt keinesfalls Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz unterstütze. Zunächst sei die Einhaltung des Jugendschutzes Aufgabe des Gaststättenbetreibers, zudem sei es Realität, dass die Jugendlichen auch nach Verlassen einer Gaststätte den Heimweg oftmals so lang wie möglich zeitlich ausdehnten, so dass der Rahmen bis 3 Uhr als sinnvoll angesehen werde. Möglicherweise könnten die teilnehmenden Taxiunternehmen ergänzend Angaben zu Stoßzeiten machen.

Ratsfrau Schomberg unterstützt den zeitlichen Rahmen, da sie gerade die späten Zeiten als die wichtigen ansehe. So bestehe auch die Möglichkeit für „gestrandete“ Jugendliche, noch gesichert nach Hause zu kommen. Das Konzept an sich stelle sich kompliziert dar, sei aber einen Versuch wert.

Ratsfrau Glasmacher weist ergänzend darauf hin, dass vielfach auch nach privaten Feiern die Notwendigkeit eines gesicherten Heimweges gegeben sei.

Bezüglich der Auswertung der Testphase berichtet Frau Rieth, dass die relativ kurze Zeitspanne von 3 Monaten auf Wunsch der Taxiunternehmen aufgenommen worden sei. Danach erfolge die Auswertung der gemachten Erfahrungen.

Ratsherr Focken gibt weitere Probleme zu bedenken, so die Beschränkung auf den Heimweg, Vorgehen bei gemischten Altersstrukturen etc.

Fachbereichsleiter Annacker bestätigt, dass auch bei der Verwaltung hinsichtlich der praktischen Umsetzung viele Fragestellungen noch ungeklärt seien. Wenn das Projekt grundsätzlich angepackt werden solle, sollten diese aber zurückgestellt und zunächst erste Erfahrungen abgewartet werden. Nach der 3-monatigen Testphase würde ausgewertet, so dass der Bericht zur Haushaltsberatung 2020 bereits vorliegen könne.

Ratsherr Neuhausen bleibt skeptisch, spricht sich aber dafür aus, den Versuch zu starten und die Ergebnisse gründlich zu reflektieren. Zur Haushaltsberatung sei dann erneut zu beraten.

Sodann erfolgt die einvernehmliche Zustimmung bei einer Enthaltung.

**6 Mobile Offene Kinder- und Jugendarbeit „Karibu“
Vorlage: FB2/0339/2019**

Fachbereichsleiter Annacker berichtet, dass der Trägerwechsel der mobilen Jugendarbeit „Karibu“ zum „Trägerwerk für kirchliche Jugendwerk Krefeld e.V.“ nunmehr erfolgt sei. Die Personen seien bekannt, die Zusammenarbeit gut. Aufgrund der Schwangerschaft der Frau Lung ergebe sich dennoch ein Personalwechsel zur Vertretung während der Elternzeit.

Das Angebot von Karibu in Nierst werde im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit unterstützt und habe sich gut entwickelt.

Auf Nachfrage von Vorsitzender Schoppe bezüglich der ausfallenden Angebote in Bösinghoven und Strümp erklärt Frau Lung, dass für Bösinghoven inzwischen zumindest bis zu den Sommerferien eine Lösung gefunden sei.

**7 JuCa Verwendungsnachweis 2018 und 2019 und Informationen zur Schließung des JuCa's
Vorlage: FB2/0962/2019**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Verwendungsnachweise der Jahre 2018 und 2019 und die Abwicklung des Betriebes, des OBV Meerbusch e.V. zum JuCa, abschließend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	3		
SPD	1		
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG		1	
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind	1		
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind	1		1
Gesamt:	9	1	1

Vorsitzende Schoppe weist eingangs auf die Anfrage der UWG-Fraktion zu TOP 7 vom heutigen Tage hin. Die Anfrage wird in die Beratung aufgenommen.

Sodann führt Erster Beigeordneter Maatz in die Beratung ein. Aufgrund der bedauerlichen Schließung des JuCa zum 31.03.2019 liege nunmehr in gewohnter Art und Weise der durch einen geprüften Steuerberater erstellte Jahresabschluss für 2018 und abschließend das 1. Quartal 2019 vor. Wie in den Vorjahren befinde sich auf Seite 3 der Vorlage eine numerische Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben, die im Ergebnis für das Jahr 2018 und anteilig 2019 jeweils einen Überschuss ergebe. Zur Entwicklung der Personalkosten 2018/2019 verweise er auf die Ausführungen Seite 4 der Vorlage.

Weiter trägt Erster Beigeordneter Maatz vor, dass die UWG-Fraktion am heutigen Tage eine aus 8 Fragen bestehende Anfrage eingereicht habe. Diese werde trotz Versäumnis der in der Geschäftsordnung des Rates vorgesehenen Frist in die Beratung aufgenommen. Allerdings sei der Verwaltung eine so kurzfristige Bearbeitung nicht möglich gewesen, so dass die Beantwortung dem Protokoll beigefügt werde.

Ratsfrau Glasmacher bittet zunächst um Entschuldigung für die Kurzfristigkeit, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass ihr vor der Beantwortung der Fragen keine Abstimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung möglich sei. Zudem vertrete sie weiterhin die Auffassung, dass die Prüfung solcher Abrechnungen nicht Aufgabe des JHA sein könne, sondern in die Zuständigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses falle. Sie beantrage daher die Vertagung des TOP 7.

Ratsherr Wartchow äußert sein Bedauern über das Ende des JuCa und stellt fest, dass der OBV nicht nur den laufenden Betrieb, sondern auch die Abwicklung zum 31.03.2019 sauber und sachgerecht vorgenommen habe. Insoweit gelte sein Dank dem vorsitzenden Geschäftsführer Herrn Eimer. Die der Vorlage beigefügten Jahresberichte 2018 und 2019 habe er zur Kenntnis genommen und plädiere für die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Auch Ratsherr Neuhausen bringt sein Bedauern über die Schließung des JuCa zum Ausdruck und geht davon aus, dass das Fehlen dieser Einrichtung unter Trägerschaft des OBV noch nachteilig spürbar werde. Er unterstütze im Übrigen die Vorlage der Verwaltung und spreche sich gegen eine Vertagung aus. Die Fragen der UWG-Fraktion und die entsprechenden Antworten halte er nicht für beschlussrelevant.

Ratsherr Jörgens trägt vor, dass er inhaltlich der Argumentation der UWG-Fraktion folgen könne und ebenfalls die Zuständigkeit beim Rechnungsprüfungsausschuss sehe. Angesichts der Schließung des JuCa sehe er jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr die Notwendigkeit einer tieferen Prüfung der vorgelegten Zahlen, so dass er sich ebenfalls für eine Abstimmung ausspreche. Die Schließung des JuCa halte er weiterhin für folgerichtig, da es als offene Jugendeinrichtung nicht funktioniert habe.

Ratsfrau Schomberg führt aus, dass sie inhaltlich den Ausführungen des Herrn Jörgens zustimme. Allerdings halte sie auch die Fragen der UWG für bedeutsam, so dass sie dem Vertagungsantrag zustimmen werde.

Sodann wird zunächst über den Antrag von Ratsfrau Glasmacher auf Vertagung abgestimmt. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		3	
SPD		2	
FDP	1		
Bündnis 90/Die Grünen	1		
UWG	1		
In der Jugendarbeit erfahrene Männer und Frauen	1		
Personen, die von freien Vereinigungen vorgeschlagen sind		1	
Männer und Frauen, die von den Jugendverbänden vorgeschlagen sind		1	2
Gesamt:	4	7	2

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Ratsherr Eimer und sachkundige Bürgerin Funke erklären zu diesem Beschluss ihre Befangenheit und nehmen nicht teil. Dem Beschlussvorschlag wird bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

8 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

9 Anfragen

9.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 28.05.2019: Gründung eines Jugendforums Vorlage: FB2/0136/2019

Erster Beigeordneter Maatz weist darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage dem Protokoll beigefügt werde. Im Übrigen müsse die Struktur des Jugendforums erst noch aus der Arbeit der mobilen Jugendarbeit durch Herrn Klar entwickelt werden.

Ratsherr Jörgens betont, dass die Thematik sehr offen sei und der Person des Herrn Klar bei der Gestaltung eine Schlüsselrolle zukomme. Dennoch sehe er auch bei Politik und Verwaltung Klärungsbedarf, was von dem neuen Jugendforum erwartet werde. Er schlage daher ein informelles Treffen vor, an dem auch mit Herrn Klar über Ziele und Bedarfe diskutiert werden könne. Dies sollte zeitlich vor der nächsten JHA-Sitzung im September erfolgen.

Fachbereichsleiter Annacker verweist auf den JHA als gesetzlich festgelegten Fachausschuss, wo gerade solche Diskussionen zu führen seien. Er sehe ansonsten die Gefahr, dass z.B. die Jugendverbände ausgeschlossen würden.

Ratsherr Jörgens teilt diese Bedenken nicht und lädt alle Interessierten zur Mitarbeit ein. Er erklärt seine Bereitschaft, ein solches Treffen zu organisieren.

Ratsherr Neuhausen unterstützt den Vorschlag und sagt seine Mitarbeit zu.

Ratsherr Jörgens wird die Organisation des informellen Treffens zur Diskussion um das neu zu entwickelnde Jugendforum übernehmen und entsprechende Einladungen versenden.

9.2 Anfrage der UWG-Fraktion vom 25.06.2019 zu TOP 7

Die Anfrage wird im Zusammenhang mit TOP 7 behandelt.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

10.1 Vertretungsregelung Kindertagespflege

Auf Nachfrage von Ratsfrau Schomberg erklärt Frau Smitmans, dass es bisher noch nicht gelungen sei, eine Person zur Wahrnehmung der Vertretung bei Ausfall einer Tagespflegeperson zu finden. Die Bemühungen würden fortgesetzt.

10.2 Sachstand zum Skaterpark Meerbusch-Strümp

Erster Beigeordneter Maatz verweist auf die Informationsvorlage im Ausschuss für Schule und Sport am 26.06.2019 über den aktuellen Sachstand zum Skaterpark Meerbusch-Strümp. Die Vorlage werde der Niederschrift beigefügt. Im Übrigen verweise er zu gegebener Zeit auf die Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport.

11 Termin der nächsten Sitzung: 11. September 2019

12 Verschiedenes

12.1 Vorstellung des Mitarbeiters für mobile Jugendarbeit Herr Arne Klar

Seit 01.05.2019 ist Herr Arne Klar bei der Stadt tätig mit dem Arbeitsgebiet der aufsuchenden mobilen Jugendarbeit sowie des Einsatzes auf dem städtischen Abenteuerspielplatz. Herr Klar stellt sich und seinen bisherigen beruflichen Werdegang vor und berichtet kurz über seine Ziele. Neben dem Aufbau eines Netzwerkes habe er bislang aufgrund des am 28.06.2019 auf dem Gelände des Abenteuerspielplatzes stattfindenden Stadteilstes überwiegend auf dem Platz gearbeitet. Auch darin sehe er Netzwerkarbeit, da die dort anzutreffenden Kinder in wenigen Jahren an anderen Orten verkehrten und er dann bereits aufgebaute Beziehungen und hoffentlich vorhandenes Vertrauen für die Jugendarbeit nutzen könne. Erste Kontakte zu den Schulen seien geknüpft, seine Ausführungen zu dem geplanten Jugendforum seien auf großes Interesse gestoßen und er erhoffe sich künftig eine gute Zusammenarbeit. Aktuell sei sein Bestreben, sich zu platzieren und sich bei der Zielgruppe einen Namen zu machen.

Ratsherr Neuhausen sieht den hälftigen Einsatz auf dem Abenteuerspielplatz kritisch, da es Wunsch des Ausschusses gewesen sei, insbesondere auch aufsuchende Jugendarbeit durchzuführen. Er bittet daher um Auskunft, ob bei entsprechendem Bedarf in anderen Stadtteilen auch ein eventuell mehrwöchiger Einsatz an anderer Stelle vorgesehen sei.

Fachbereichsleiter Annacker stellt zum einen klar, dass jeweils eine halbe Stelle für den Abenteuerspielplatz – wo aufgrund der dort geleisteten pädagogischen Arbeit entsprechender Bedarf gegeben sei - als auch für die mobile Jugendarbeit genehmigt sei. Diese sei natürlich für das gesamte Stadtgebiet vorgesehen. Ein ggf. mehrwöchiger Einsatz in Vollzeit sei mit dem aktuellen Konstrukt nicht leistbar.

Sachkundiger Bürger Mock unterstützt das Konzept der aufsuchenden Jugendarbeit, weist aber darauf hin, dass Jugendliche auch Räume und Treffpunkte bräuchten, die für kontinuierliche offene Jugendarbeit von Bedeutung seien.

Fachbereichsleiter Annacker stimmt prinzipiell zu, verweist jedoch auf das letztlich gescheiterte Angebot des JuCa als Ort offener Jugendarbeit sowie darauf, dass Jugendliche heute informelle Räume besetzten, die durch Herrn Klar aufgesucht werden sollten.

Vorsitzende Schoppe äußert ihr Verständnis für die vorgetragene Besorgnis, plädiert jedoch dafür, Herrn Klar zunächst Gelegenheit zu geben, die verfügbare halbe Stelle mit Inhalt zu füllen. Sollte

deutlich werden, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen, müsse zu gegebener Zeit nach Lösungen gesucht werden. In absehbarer Zeit solle dem Ausschuss über die Arbeit berichtet werden.

Dies wird zunächst einvernehmlich aufgenommen und Herrn Klar für seine Arbeit viel Erfolg gewünscht.

Fachbereichsleiter Annacker ergänzt, dass in der nächsten Sitzung am 11.09.2019 die Vorstellung des Konzeptes für die mobile Jugendarbeit geplant sei.

Meerbusch, den 3. Juli 2019

Petra Schoppe
Ausschussvorsitzende

Angela Römmler-Graf
Schriftführer/in